

## **Die Sozialstrukturen der Parteien in Westdeutschland 1945-1990**

**Von Marie-Luise Recker**

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Parteien eine zentrale Stellung als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat ein. In Artikel 21, Absatz 1 des Grundgesetzes als Teilhaber an der politischen Willensbildung ausdrücklich erwähnt, stellen sie das wesentliche Scharnier zwischen Wahlvolk und Regierung dar. Auch kommt ihnen als Mittlern von sozialen Interessen wie von politischen Vorstellungen über die Gestaltung des Gemeinwesens eine entscheidende Funktion für den politischen Prozeß zu. Allerdings erschöpft sich ihre Rolle nicht in der Mitwirkung an der politischen Willensbildung; in einer Parteiendemokratie<sup>1</sup>, wie sie die Bundesrepublik Deutschland ohne Zweifel ist, entscheiden sie auch über die Besetzung der demokratischen Gremien in Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden und stellen auf diese Weise das Personal der engeren politischen Führung. Dieses Parteienmonopol gilt jedoch nicht nur für die Legislative und die Spitze der Exekutive, sondern wirkt sich auch auf andere Bereiche aus. Hierzu zählt zunächst einmal der Einfluß der Parteien auf die gesamte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung, dann aber auch auf die Justiz, insbesondere auf die Besetzung der obersten Gerichte, sowie nicht zuletzt auf die öffentlichen Anstalten, so etwa im Bereich von Rundfunk und Fernsehen. Zwar wird dieser dominierende Einfluß der Parteien immer wieder kritisiert und deren Zurückdrängung auf den engeren politischen Bereich gefordert, doch ist eine Umkehr dieses Trends bisher nicht zu erkennen.

Diese hervorgehobene Rolle der politischen Parteien stellt in der deutschen Verfassungsgeschichte durchaus ein Novum dar; ihre Verankerung im Grundgesetz war zeitgenössisch auch nicht unumstritten.<sup>2</sup> Dennoch haben sie seit 1949 ihre Stellung wahren und ausbauen können. Erhielten sie durch Erwähnung in Artikel 21, Absatz 1 des Grundgesetzes den »Rang

---

<sup>1</sup> Vgl. zu diesem Begriff Peter HAUNGS, *Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980.

<sup>2</sup> So etwa bei Gerhard LEIBHOLZ, *Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien*, in: *Verhandlungen des 38. Deutschen Juristentages (1950)*, S. C 10.

einer verfassungsrechtlichen Institution«,<sup>3</sup> wurde der Gesetzgeber gleichzeitig aufgefordert, über ein Parteiengesetz deren Aufgabenstellung, innere Ordnung und finanzielle Basis näher zu regeln. Nach verschiedenen Anläufen und langen Diskussionen konnte dies mit dem Parteiengesetz vom 24. Juli 1967<sup>4</sup> schließlich erreicht werden. Damit hatte die Integration der Parteien in die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik einen weiteren Schritt getan.

In Politikwissenschaft und Zeitgeschichte haben die nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen neu- oder wiedergegründeten Parteien bisher große Aufmerksamkeit gefunden. Allerdings konzentriert sich das Interesse vor allem auf deren Organisationsgeschichte und -soziologie, auf die programmatische Entwicklung der Parteien sowie auf die Analyse ihrer Wahlerfolge. Dagegen mangelt es an sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen über die gesellschaftliche Verankerung der Parteien. Der Grund für dieses Defizit dürfte darin zu suchen sein, daß verlässliche Informationen über die Mitgliederentwicklung und die Sozialstruktur der Parteien kaum vorliegen. Noch in einer neueren Literaturübersicht konnte der Autor klagen, daß »die empirische Parteienforschung der Bundesrepublik am Ausgang der achtziger Jahre ... durch eine ›Hierarchie der Ignoranz‹ gekennzeichnet [sei]. Es gibt, liebenswürdig ausgedrückt, Wissensgebiete, die um vieles heller ausgeleuchtet sind als andere. Wir wissen relativ viel über die Wählerschaft, einiges über Mitgliedschaft ..., weniger über die Partei als Institution.« Insbesondere fehlen in seinen Augen »vergleichende Angaben über die Mitgliedschaft der verschiedenen Parteien auf bundesweit repräsentativer Basis ..., wobei in dieser Situation ein ›Ost-West-Vergleich‹ zusätzlich dringlich wäre.«<sup>5</sup>

Dieser Frage nach Mitgliedschaftsentwicklung und sozialstrukturellem Wandel der westdeutschen Parteien soll in einem Forschungsprojekt nachgegangen werden, das – in enger Anlehnung an die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien – an den Universitäten Bochum und Frankfurt am Main durchgeführt wird. Unter der Leitung von Klaus Tenfelde werden in Bochum die Parteien des »linken« Spektrums bearbeitet sowie eine Sozialanalyse der Mandatsträger in Bund und Ländern erstellt, während in Frankfurt am Main die Parteien des »bürgerlichen«

3 BVerfGE 2/13, vgl. hierzu auch Konrad HESSE, *Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien im modernen Staat*, in: *Verhandlungen des Vereins deutscher Staatsrechtslehrer 17* (1959).

4 BGBl., S. 773, in Teilen novelliert durch Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. 7. 1969, BGBl., S. 925.

5 Stefan IMMERFALL, *Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23 (1992), S. 172-189, hier S. 186.

Spektrums behandelt werden. Mit diesem Vorhaben wird beabsichtigt, den Kenntnisstand über die Entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990 aufzuarbeiten, zu vertiefen und in einer zusammenfassenden Dokumentation für weitere partei-, sozial-, allgemein-historische sowie politikwissenschaftliche Untersuchungen bereitzustellen. Den Anfangspunkt setzt die Neu- bzw. Wiedergründung der Parteien 1945; angesichts der Tatsache, daß in der Zeit zwischen Kriegsende und Gründung der Bundesrepublik sich das westdeutsche Parteiensystem herausbildete und auch die sozialstrukturellen Konturen der einzelnen Parteien geprägt wurden, muß dieser Zeitraum zentral berücksichtigt werden. Der Endpunkt 1990 ergibt sich aus den grundsätzlichen Verschiebungen in den Mitgliederstrukturen der ehemals westdeutschen Parteien angesichts der Ausbreitungen, Verschmelzungen und Neugründungen nach der deutschen Vereinigung. Nicht berücksichtigt werden die Parteien der DDR. Auch die zunächst dem westlichen Parteibildungsprozeß noch vergleichbaren Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone werden nicht erfaßt. Generell zeigt die Entwicklung der Parteien in der DDR eher nur nominelle Übereinstimmungen mit der Parteienlandschaft der Bundesrepublik, während sich de facto dort prinzipiell andere Organisationsformen, Programmatiken, politische Praktiken, gesellschaftliche Rekrutierungsmuster sowie Wege der Elitenbildung entwickelten, so daß eine Einbeziehung in die geplante Dokumentation problematisch wäre und zu falschen Analogien führen könnte.

Die Mitgliedschaften der westdeutschen Parteien sowie deren Funktions- und Mandatsträger sollen, soweit das möglich ist, nach den klassischen Kategorien der Sozialstrukturanalyse differenziert dargestellt werden: Nach dem Geschlecht und dem Alter, der Konfession, der regionalen Herkunft und dem Wohnort, nach dem sozialen Hintergrund, der Bildung und beruflichen Qualifikation, dem Beruf und der Stellung im Beruf sowie nach dem Einkommen und Vermögen. Mit einem solchen Ansatz wird der Versuch unternommen, unterschiedliche Milieus und Sozialisationswege der Parteimitglieder sichtbar zu machen, die Schichtenrepräsentanz in den Parteien näher zu bestimmen und die Bedeutung von konfessionellen, geschlechts-, alters- und herkunftsbezogenen Einflüssen auf die innerparteiliche Willensbildung herauszuarbeiten. Gerade über die Verwendung dieser Kategorien sozialer Ungleichheit, die etwa in der Wahlforschung eine wichtige Rolle spielen, sollen somit bestimmte Strukturprobleme des westdeutschen Parteiensystems besser, als dies bisher möglich war, untersucht werden können. Auch wenn nicht zu erwarten ist, daß für alle Parteien durchgängig Angaben zu diesen Differenzkategorien erbracht werden können, so wird doch darauf gesetzt, zumindest für bestimmte Regionen und Stichjahre entsprechende Daten zu gewinnen und damit die angeschnittenen Fragen im Ansatz beantworten zu können. Aus der Vielfalt der westdeutschen Parteien sollen zudem nur

diejenigen berücksichtigt werden, die zu einem Zeitpunkt zwischen 1945 und 1990 das Kriterium der Präsenz im Bundestag oder in einem der Landesparlamente erfüllen. Damit werden die Parteien ausgeschlossen, die nur lokale Bedeutung erlangten und/oder zu den Splittergruppen zu rechnen sind. Dennoch bleibt nach wie vor die Zahl der zu erfassenden Parteien groß; allerdings wird angesichts der schwierigen Quellenlage gerade für die kleineren, in den 40er und 50er Jahren im Zenit ihres Wählerzuspruchs stehenden Parteien sich die Anzahl der in die Dokumentation aufzunehmenden Gruppierungen weiter reduzieren. Oder aber es wird für diese Parteien nur einen zeitlich und regional begrenzten Quellenfundus geben, so daß die Menge des zu berücksichtigenden Materials überschaubar und für eine Publikation handhabbar bleibt. Auf der anderen Seite wird das zu erarbeitende Zahlenwerk den für Mitgliedschaften, Funktionäre und Mandatsträger gerade für die letzten Jahrzehnte vorhandenen Quellenfundus nicht erschöpfend auswerten können, sondern muß eine je zu begründende Auswahl treffen.

Mit dieser Dokumentation soll die Diskussion um die Kontinuität der deutschen Parteienlandschaft im 20. Jahrhundert, um die Bindung einzelner Parteien an bestimmte »sozialmoralische Milieus«<sup>6</sup>, um die Erfolge und Grenzen der volksparteilichen Öffnung u. a. m. auf eine datenmäßig besser gesicherte Basis gestellt werden. Die in der Forschung häufig gestellte Frage, wieweit die westdeutschen Parteien 1945 an Vorläuferorganisationen aus der Weimarer Republik anknüpften oder aber in welchem Ausmaß sie durch Öffnung für und Werbung um neue soziale Schichten sich bewußt von den 20er und frühen 30er Jahren absetzen wollten, kann durch die vertiefte Kenntnis über deren sozialstrukturelle Entwicklung besser beantwortet werden. Dies gilt ebenso für die Durchsetzungskraft des Volkspartei-Konzepts, dem alle größeren Parteien anhängen, das sich aber doch nur langsam, unvollkommen, in bestimmten Bereichen auch nur partiell Bahn brechen konnte, wenn man die Beharrungskraft bestimmter konfessioneller, sozialer oder regionaler Prägungen in Rechnung stellt.

Zudem wird der Reflex des generellen sozialstrukturellen Wandels im Parteiensystem klarer als bisher herausgearbeitet werden können. Dies betrifft etwa den dramatischen Schwund der ländlich-bäuerlichen Erwerbsgruppen und der nichtstädtischen Lebensweise gerade im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland, der zu erheblichen Umbrüchen in der Mitgliedschaftsentwicklung und der Sozialstruktur insbesondere der Parteien des »bürgerlichen« Spektrums führte. Dies gilt aber ebenso für den Rückgang der in klassischer Lohnabhängigkeit erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen

---

6 M. Rainer LEPSIUS, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm ABEL u.a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Fritz Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371-393.

auf der einen und der Zunahme der Angestelltenschaft, zumal im tertiären Sektor, auf der anderen Seite, die Anlitze und Binnenstruktur der Parteien deutlich veränderten. Hierzu zählt schließlich auch die Entwicklung der akademischen Berufe und die Ausweitung der Staatsbeschäftigung, die ebenfalls ihren Niederschlag in den Mitgliedschaften der Parteien gefunden haben. Aber auch speziellere Fragen wie die nach der Absorption der Vertriebenen und Flüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft, nach den Auswirkungen der Bildungsrevolution seit den späten 60er Jahren, nach dem Reflex des zunehmenden Partizipationsanspruchs von Frauen in den Parteistrukturen, nach dem Aufkommen und der Bindekraft »neuer« sozialer Bewegungen in den 70er und 80er Jahren u. a. m. werden durch den Rückgriff auf Mitgliedschaftsentwicklung und sozialstrukturelle Veränderungen der Parteien in der zu erarbeitenden Dokumentation berührt.

Das Interesse der Parteien an der Erfassung der eigenen Mitglieder und an der Einsicht in deren soziale Zusammensetzung war höchst unterschiedlich. Gerade in den Anfangsjahren war die Eigenschaft als formelles Parteimitglied nicht immer eindeutig definiert oder wurde in der Praxis uneinheitlich gehandhabt. Während die SPD anscheinend frühzeitig einen recht strikten Begriff der Mitgliedschaft praktizierte, gingen die anderen Parteien mit dieser Frage laxer um und zählten im Einzelfall Sympathisanten oder sogar Besucher von Parteiveranstaltungen zu dieser Kategorie. Aber selbst die Partei der »Grünen« hat noch in den 80er Jahren die Abgrenzung zwischen Mitgliedern und ihnen gesinnungsmäßig nahestehenden Anhängern bewußt unscharf gehalten, da dies ihrem Verständnis als ökologischer Bürgerbewegung entsprach. Vor diesem Hintergrund liefert der Umgang der Parteien mit der eigenen Statistik einen prägnanten Beitrag zu deren Selbstverständnis und -einschätzung.

Im ersten Jahrzehnt nach 1945 haben alle Parteien der Dokumentation ihrer Mitgliederentwicklung nur wenig Interesse entgegengebracht. Teils wurden Erhebungen auf Anordnung der Militärbehörden<sup>7</sup> vorgenommen, teils waren einzelne Kreis- bzw. Bezirks- oder Landesverbände Vorreiter im Nachweis der Mitgliederstrukturen. Für die CDU liegen für die Jahre 1945 bis 1954 einzelne Statistiken abgerechneter Mitgliederbestände auf Kreis-, Bezirks- und Landesverbandsebene vor, die zwar in der Fläche deutliche Lücken aufweisen, regional jedoch ein hinreichendes Bild der Mitgliederentwicklung geben. Da mit Nordwürttemberg, Rheinland und Westfalen besonders mitgliederstarke Landesverbände relativ gut dokumen-

---

<sup>7</sup> Als Beispiel sei verwiesen auf Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1982, S. 155 ff.; sowie auf Ilse UNGER, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1979, S. 15, 29.

tiert sind, können Richtung und Dimension der Entwicklung der Partei im ersten Nachkriegsjahrzehnt zuverlässig und differenziert dokumentiert werden. Lückenhafter sind dagegen die Materialien zur Sozialstruktur. Erste Erhebungen, teilweise auch nur Schätzungen, erfolgten in den Jahren 1945 bis 1949 auf Anordnung der Alliierten; umfangreichere Sozialstatistiken wurden dann in den Jahren 1947 bis 1954 in den großen Landesverbänden erhoben, wobei auch hier wiederum Rheinland und Westfalen an erster Stelle zu nennen wären. Kriterien waren Geschlecht, Konfession, Alter und Beruf, so daß auch für diesen Bereich – wenn auch jeweils punktuell – aussagekräftiges Datenmaterial zur Verfügung steht.

Mitte der 50er Jahre wurde die Datenerhebung auf Veranlassung der Bundesgeschäftsstelle der CDU durch die Einführung neuer Meldebögen stärker systematisiert. Die Berichte der Bezirks- und Landesverbände erfolgten auf der Grundlage von bis zu 30 Erhebungskriterien und bieten damit ein differenziertes Bild der zahlenmäßigen und sozialstrukturellen Entwicklung der Partei. Auch nun bleiben in der Fläche Lücken bestehen, während für einzelne Landesverbände Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur relativ gut dokumentiert sind.

Die CDU war Vorreiter in der Führung einer EDV-gestützten Zentralen Mitgliederkartei (ZMK), deren Einrichtung<sup>8</sup> von Parteivorstand und Geschäftsführer-Konferenz im April 1963 beschlossen wurde. Mit ihr sollten auch Sozialdaten der Mitglieder erfaßt werden. Ziel war es, bis zum Bundestagswahlkampf 1965 eine umfassende ZMK zu besitzen. Allerdings vergingen fünf Jahre vom Beschluß der Einführung einer ZMK bis zur vollständigen Erfassung aller Kreisverbände. Während die Mitgliederzahlen ab 1965 nahezu lückenlos erfaßt sind, gilt für die Sozialstatistik bis 1968 noch eine Ungenauigkeitsphase (mit stark abnehmender Tendenz). Grundlage der ZMK sind zunächst 99, dann 100, schließlich 140 Erhebungskriterien zu Mitgliederstand, Geschlecht, Konfession, Alter, Familienstand, Beruf, Schulabschluß, Dauer der CDU-Mitgliedschaft sowie Mitgliedschaft in Vereinigungen der CDU. Monatsweise bis auf die Kreisverbandsebene hinab erhoben, liegt somit das Datenmaterial seit den späten 60er Jahren vollständig vor.

Für die bayerische Schwesterpartei sind Mitgliedschaftsentwicklung und Sozialstruktur<sup>9</sup> nicht so gut dokumentiert wie für die CDU. Für die Zeit bis 1980 liegen absolute Mitgliederzahlen weitgehend geschlossen nur für die

---

8 Vgl. hierzu Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Stuttgart 1985, S. 84 ff.

9 Vgl. zur CSU Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*, Opladen 1975.

vier altbayerischen der zehn Bezirksverbände vor, während die Materialien der anderen Bezirksverbände insbesondere für die 50er Jahre zum Teil deutliche Lücken aufweisen. Schwieriger gestaltet sich die Rekonstruktion der Sozialstruktur der Partei für diese Zeit. Wohl steht für jede Dekade des Untersuchungszeitraums 1946 bis 1980 zumindest eine sozialanalytisch differenzierte Jahresstatistik zur Verfügung, doch basieren diese Erhebungen auf qualitativ und quantitativ stark variierendem Datenmaterial, so daß daraus keine lineare Entwicklung abgeleitet werden kann.

Die CSU hat im Jahr 1962 begonnen, ihre Mitglieder zentral zu erfassen und zu verwalten. Dies geschah anfangs mittels einer nicht mehr existierenden Zettelkartei; Anfang der 70er Jahre bemühte sich die Landesgeschäftsstelle um eine EDV-gestützte Lösung, die aber erst vollständig zu Beginn der 80er Jahre realisiert werden konnte. Somit steht für die Mitgliederentwicklung ab Mitte der 70er Jahre, für die Sozialstruktur der Partei ab 1980 ein geschlossener Datenbestand zur Verfügung, der sich mit den für die CDU erhobenen Materialien vergleichen läßt. Zwar ist die ZMK der CSU bei weitem nicht so anspruchsvoll wie die ihrer größeren Schwesterpartei, lehnt sich aber in ihren Großkategorien eng an diese an. Erhoben wird wiederum die Zahl der Mitglieder, deren Geschlecht, Konfession, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer in der CSU sowie Mitgliedschaft in Arbeitsgemeinschaften der Partei.

Auch für die SPD sind Überlieferungsdichte und Qualität des Datenmaterials für die ersten drei Dekaden nach Wiedergründung der Partei nicht so gut wie für die folgenden Jahre. Ab 1946 erfaßte die Partei ihre Mitglieder im Rahmen der Quartalsbeitragsabrechnung der Bezirke, wobei die absoluten Mitgliederzahlen getrennt nach Geschlecht je Bezirk, aber ohne weitere strukturellen Merkmale erhoben wurden. Daneben wurde eine Fluktuationsstatistik geführt, mit der die Veränderung der Mitgliederzahl pro Bezirk dargestellt werden kann. Zwar gibt es in der Fläche Lücken, doch lassen sich tragfähige Aussagen zur Mitgliederfluktuation zumindest für die Jahre 1947 bis 1965 machen. Seit 1955 erfaßte die SPD die Neueingetretenen zudem in einer eigenen, nach Geschlecht, Alter, Beruf etc. differenzierten Statistik, so daß von diesem Zeitpunkt an der soziale Wandel in der Mitgliedschaft konkret nachgezeichnet werden kann.

Nach mehrjährigen Vorarbeiten führte die SPD ab 1974 eine EDV-gestützte Zentrale Mitgliederkartei für die Bundes- und die Bezirksebene ein, in der nun Mitgliederzahl, Geschlecht, Alter, Eintrittsjahr, Beschäftigungsverhältnis, Beruf, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie Funktion in der Partei erhoben wurde. Damit steht auch für diese Partei ab Mitte der 70er Jahre eine äußerst differenzierte Mitgliederstatistik zur Verfügung, die sich mit derjenigen der CDU in vieler Hinsicht vergleichen läßt, in den Aussagen zur Funktionsträgerschaft aber über diese hinausgeht.

Für die kleineren Parteien ist die Materiallage unterschiedlich gut. Am günstigsten dürfte sie noch für die FDP sein. Wie für die anderen Parteien lassen aber auch hier Dichte und Qualität der Angaben zur Mitgliedschaftsentwicklung und Sozialstruktur vor Einführung der ZMK zu wünschen übrig. Am aussagekräftigsten sind für diese Jahre Statistiken, die zu Bundes- und Landesparteitagen vorgelegt wurden, um die jeweiligen Delegiertenschlüssel zu errechnen. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß der Wunsch der einzelnen Landesverbände, eine möglichst große Zahl von Delegierten bei den Parteitagen stellen zu können, oftmals zur Meldung überhöhter Mitgliederzahlen führte, da bei der Errechnung des Delegiertenschlüssels sowohl die bei der letzten Wahl erzielten Wählerstimmen als auch die Mitgliederzahl zugrunde gelegt wurde. Eine Abkehr von dieser Praxis konnte erst nach einer Satzungsänderung 1984 erzielt werden, die für den jeweiligen Landesverband die Abführung einer bestimmten Summe pro Mitglied an die Bundespartei vorsah und die somit zu einer deutlichen Karteibereinigung führte.

Die Einführung einer ZMK wurde auf dem Bundesparteitag 1967 beschlossen und in der Satzung der Partei verankert. Ab Ende 1968 liegen für alle 11 Landesverbände Mitgliederstatistiken vor, die dann von der Bundesgeschäftsstelle zu einer bundesweiten Statistik vereint wurden. Allerdings beschränkt sich dieses Zahlenmaterial auf die Präsentation der Mitgliederzahlen, während Aussagen über die Sozialstruktur der Mitgliedschaft, die denen in den zentralen Mitgliederkarteien von CDU und CSU vergleichbar wären, nicht vorgelegt werden. Die Erhebung sozialstruktureller Daten lag im Verantwortungsbereich der jeweiligen Landesverbände, denen somit auch die alleinige Entscheidungskompetenz bei der Auswahl der für eine Sozialanalyse relevanten Kriterien zufiel. Zwar lassen auch hier Dichte und Güte der von den einzelnen Landesverbänden präsentierten Materialien zu wünschen übrig, doch insgesamt reicht die Qualität der überlieferten Daten aus, um einen fundierten Einblick in die sozialstrukturelle Entwicklung der Partei in diesen Jahren zu erlauben.

Auf Bundesebene wurden indessen nur in den Jahren 1977 und 1983 sozialstrukturelle Daten produziert, die Parallelen zu den von CDU und CSU in ihren Zentralen Mitgliederkarteien dargestellten Kategorien aufweisen. Erhoben wurde dieses Zahlenmaterial seitens der Projektgruppe »Organisationsreform« durch Befragung eines repräsentativen Ausschnitts von FDP-Mitgliedern (1975) bzw. von FDP-Kreisvorsitzenden (1983). Berücksichtigt sind wiederum die Kriterien Geschlecht, Konfession, Alter, Bildung, Beruf, Dauer der Mitgliedschaft, Mitgliedschaft in Vereinigungen der Partei sowie Gründe für Ein- bzw. Austritt aus der FDP. Damit werden für das jeweilige Stichjahr aussagekräftige Daten zur allgemeinen Mitgliederstruktur



sowie zur Sozialstruktur der Mandatsträger auf mittlerer Führungsebene geliefert.

Wenn selbst für die großen Parteien für die 40er und 50er Jahre eine lückenhafte Materiallage konstatiert werden muß, so gilt dies nicht minder für die kleineren Parteien, die in diesen Jahren den Zenit ihrer bundes- oder landespolitischen Bedeutung erlangten. Am günstigsten ist die Situation noch für die KPD. Qualitätvolle Aussagen zur Mitgliederentwicklung und -struktur – in ihrer Differenziertheit durchaus mit denen der SPD vergleichbar – finden sich insbesondere für die Jahre 1947 bis 1952, nehmen dann jedoch bis zum Verbot wieder ab. Demgegenüber treten Dichte und Qualität der Überlieferung für die anderen Parteien in dieser Zeit – Deutsche Partei, Gesamtdeutscher Block/BHE, Zentrum – deutlich zurück. Hier liegt der Schwerpunkt entsprechender Materialien in den regionalen Hochburgen dieser Parteien, während für die Bundesebene im allgemeinen nur Schätzungen möglich sind. Auch für Regionalparteien, ob in Bayern, im Saarland (vor 1955) oder in Schleswig-Holstein, lassen sich zwar Angaben zur Mitgliederentwicklung und Struktur für einzelne Jahre und/oder bestimmte Orte oder Bezirke machen, doch auch hier kann die Entwicklung nicht in der Fläche dargestellt werden.

Ein besonderes Problem stellen die rechtsextremen Parteien dar; hier ist bisher neben forschungsproduzierten Datenreihen insbesondere auf laufende Berichte des Bundesministeriums des Innern zur Mitgliedschaftsentwicklung dieser Parteien zu verweisen. In welchem Maße dies durch Materialien aus Parteiarchiven oder Nachlässen ergänzt werden kann, muß vorerst noch offen bleiben.

Wachstum und personelle Binnenstruktur der »Grünen« schließlich lassen sich über entsprechende Bestände in der Bundesgeschäftsstelle sowie in den Landesgeschäftsstellen in genügender Dichte nachweisen. Allerdings ist die Güte dieser Daten generell zu hinterfragen. Angesichts der unscharfen Definition der Mitgliedschaft gerade in den Anfangsjahren der Partei, der oszillierenden Abgrenzung zum Kreis der »Alternativen« und »Sympathisanten« sowie eines gewissen antibürokratischen Affektes müssen diese Materialien in methodischer Hinsicht kritisch beleuchtet werden.

Auch wenn das Forschungsprojekt noch in der Anfangsphase steckt, läßt sich absehen, daß die in das Vorhaben gesetzten Erwartungen weitgehend aufgehen werden. Die Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems wird sich in den in die Dokumentation aufzunehmenden Statistiken detailliert abbilden, Wachstum und Mitgliederschwund sich klar ablesen lassen, so daß der Frage nach Ursachen und Auswirkungen dieser Veränderungen besser als zuvor nachgegangen werden kann. Auch der Reflex des allgemeinen sozialen Wandels in den einzelnen Parteien wie im Parteiensystem generell wird sich durch die Datensammlung näher bestimmen lassen. Zudem werden

Vergleiche zwischen den einzelnen Parteien möglich sein. Da die erhobenen sozialstrukturellen Daten sich an identischen oder annäherungsfähigen Differenzkategorien orientieren, können sie weitgehend parallelisiert werden, so daß Übereinstimmungen und Unterschiede sichtbar gemacht werden. Auch im Bereich der Einzelstatistiken dürften sich Analogien ergeben. Zwar kann die zu erarbeitende Dokumentation wissenschaftliche Analysen zu einer der Parteien oder zum Parteienspektrum selbst nicht ersetzen, sie kann aber die Voraussetzung schaffen, sie auf einer gesicherteren Datenbasis als bisher in Angriff zu nehmen.